

# KDV I / 2025

**ANTRAGSBUCH**

**SPD**  
MARZAHN-HELLERSDORF

# **INHALTSVERZEICHNIS**

## **BILDUNG**

1/I/25 – Erstellung einer Bedarfsanalyse für Kita- und Schulplätze in Marzahn-Hellersdorf	2
2/I/25 – Das bereits vorliegende digitale Schulwege-Analyse-Tool der Öffentlichkeit zugänglich machen	3

---

## **MOBILITÄT**

3/I/25 – Umsetzung von Maßnahmen zur Sicherheit Radfahrender am Kaulsdorfer „Galgen“	4
4/I/25 – Modernisierung der Ostbahn	5
5/I/25 – Deutschland-Ticket bei 49 Euro belassen – oder Grenze für steuerfreie Sachzuwendung vom Arbeitgeber in § 8 EstG anpassen	5

## **NACHHALTIGKEIT**

6/I/25 – Keine Abwrackprämie für fahrtüchtige und TÜV-taugliche Fahrzeuge	6
7/I/25 – Keine Nutzung von mit Helium gefüllten Luftballons	6

---

## **STEUERN & FINANZEN**

8/I/25 – Zur Erhebung der Vermögenssteuer	7
---	---

## **PARTEIORGANISATION**

9/I/25 – Für eine Frau auf Platz 1 der AGH-Liste	8
10/I/25 – Für eine Frau auf Platz 1 der BVV-Liste	8
11/I/25 – Mit mindestens einer Frauenspitze in die Berlin-Wahlen 2026	9

## **BILDUNG**

Antragssteller:innen: 10/06 Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord

### **1/I/25 – Erstellung einer Bedarfsanalyse für Kita- und Schulplätze in Marzahn-Hellersdorf**

Votum der Antragskommission: ausstehend

1 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:  
2  
3 Die Mitglieder des Kreisvorstandes sowie die Vertreter der Bezirklichen SPD in der BVV  
4 mögen das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf auffordern, eine fundierte und regelmäßig  
5 fortzuschreibende Bedarfsanalyse für Kita- und Schulplätze im Bezirk zu erstellen,  
6 vorzulegen und darauf aufzubauen, Entscheidungen zu treffen. Diese Analyse soll auf  
7 einer umfassenden Datengrundlage basieren und die Entwicklung der Geburtenzahlen,  
8 den Zuzug von Familien, die aktuelle und prognostizierte Bevölkerungsstruktur sowie  
9 bestehende und geplante Kapazitäten im Kita- und Schulbereich berücksichtigen. Die  
10 Analyse soll insbesondere identifizieren, in welchen Ortsteilen kurz-, mittel- und  
11 langfristig Engpässe entstehen und wo zusätzlicher Ausbau dringend erforderlich ist.  
12 Auf Basis dieser Erkenntnisse sind konkrete Handlungsempfehlungen zur Schaffung  
13 neuer Kita- und Schulplätze zu entwickeln und regelmäßig der  
14 Bezirksverordnetenversammlung zu berichten.  
15

#### **16 Begründung:**

17  
18 Marzahn-Hellersdorf verzeichnet seit Jahren ein starkes Bevölkerungswachstum,  
19 insbesondere durch den Zuzug junger Familien. Parallel dazu bleiben die  
20 Geburtenzahlen auf einem hohen Niveau, was zu einer steigenden Nachfrage nach  
21 Kita- und Schulplätzen führt. Bereits heute sind in mehreren Ortsteilen, insbesondere  
22 in Hellersdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf, Kapazitätsgrenzen erreicht oder gar  
23 überschritten. Trotz laufender Bauvorhaben sind kurzfristige Engpässe absehbar und  
24 mittelfristig weitere Maßnahmen erforderlich, um eine ausreichende Versorgung  
25 sicherzustellen.

26  
27 Eine systematische Bedarfsanalyse ist unerlässlich, um frühzeitig auf die steigende  
28 Nachfrage zu reagieren und gezielte Maßnahmen zur Schaffung neuer Kapazitäten  
29 einzuleiten. Dies betrifft sowohl die Identifikation von Flächen für neue Kitas und  
30 Schulen als auch die rechtzeitige Bereitstellung von Finanzmitteln und Personal. Die  
31 Bezirksverordnetenversammlung fordert daher das Bezirksamt auf, eine belastbare  
32 Grundlage für eine vorausschauende Infrastrukturplanung zu schaffen, um Bildungs-  
33 und Betreuungsangebote für alle Kinder im Bezirk bedarfsgerecht zu gewährleisten.

Antragssteller:innen: 10/06 Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord

**2/I/25 – Das bereits vorliegende digitale Schulwege-Analyse-Tool der Öffentlichkeit zugänglich machen**

Votum der Antragskommission: ausstehend

1 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:  
2  
3 Die Mitglieder des Kreisvorstandes sowie die Vertreter der Bezirklichen SPD in der BVV  
4 mögen das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf auffordern, das bereits vorliegende  
5 digitale Schulwege-Analyse-Tool der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Ziel ist es,  
6 Eltern, Schulen und Anwohner\*innen die Möglichkeit zu geben, sich über besonders  
7 gefährliche Schulwegabschnitte zu informieren und Vorschläge zur Verbesserung  
8 einzubringen.  
9  
10 Zudem wird das Bezirksamt beauftragt, auf Basis der Analyse des Tools eine Top-Ten-  
11 Liste der gefährlichsten Schulwegstellen zu erstellen und diese in einem  
12 Sofortprogramm zu priorisieren. Die daraus resultierenden Maßnahmen zur  
13 Verbesserung der Verkehrssicherheit für Schulkinder sollen schnellstmöglich umgesetzt  
14 werden. Dazu sollen insbesondere bauliche Maßnahmen, eine Optimierung der  
15 Verkehrsführung sowie verstärkte Kontrollen an den identifizierten Gefahrenstellen  
16 geprüft und realisiert werden. Über den Fortschritt der Maßnahmen soll die  
17 Bezirksverordnetenversammlung regelmäßig und fortlaufend in den entsprechenden  
18 Sitzungen informiert werden.  
19

20 **Begründung:**

21  
22 Die Sicherheit von Schulkindern auf ihrem täglichen Schulweg ist von zentraler  
23 Bedeutung. Das digitale Schulwege-Analyse-Tool bietet eine datenbasierte Grundlage,  
24 um Gefahrenstellen zu identifizieren und zielgerichtet Maßnahmen zur Verbesserung  
25 der Schulwegsicherheit zu ergreifen. Damit dieses Werkzeug effektiv genutzt werden  
26 kann, ist es notwendig, es der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, sodass Eltern und  
27 Schulen aktiv an der Bewertung und Priorisierung von  
28 Schulwegsicherheitsmaßnahmen mitwirken können.  
29

30 Gleichzeitig sind konkrete Maßnahmen erforderlich, um besonders gefährliche  
31 Schulwegabschnitte zu entschärfen. Die zehn gefährlichsten Gefahrenstellen, die aus  
32 der Analyse des Tools hervorgehen, sollen in einem Sofortprogramm priorisiert und  
33 angegangen werden, um schnellstmöglich Verbesserungen für die Schulkinder zu  
34 erzielen. Die Kombination aus digitaler Analyse, öffentlicher Beteiligung und  
35 zielgerichteten Maßnahmen schafft eine nachhaltige Grundlage für eine sichere  
36 Schulweg-Infrastruktur in Marzahn-Hellersdorf.

## MOBILITÄT

Antragssteller:innen: 10/06 Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord

### 3/I/25 – Umsetzung von Maßnahmen zur Sicherheit Radfahrender am Kaulsdorfer „Galgen“

Votum der Antragskommission: ausstehend

1 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:  
2 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:  
3  
4 Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf und der Berliner Senat werden aufgefordert,  
5 unverzüglich Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit von Radfahrenden am  
6 Kaulsdorfer „Galgen“ umzusetzen. Hierbei sollen insbesondere die Einführung einer  
7 durchgängigen Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30, die Aufstellung von  
8 Verkehrszeichen, die das Überholen von Radfahrenden durch Kraftfahrzeuge  
9 untersagen, sowie die Markierung einer Sperrlinie zur Verhinderung gefährlicher  
10 Überholmanöver geprüft und realisiert werden. Zudem soll die Installation von Dialog-  
11 Displays erfolgen, die Verkehrsteilnehmende auf ihre Geschwindigkeit hinweisen und  
12 zur Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung ermahnen. Darüber hinaus sind  
13 infrastrukturelle Anpassungen wie die Verbreiterung von Geh- und Radwegen oder die  
14 Umgestaltung der Verkehrsführung zu prüfen, um die Sicherheit weiter zu verbessern.  
15

#### 16 Begründung:

17  
18 Die Verkehrssituation am Kaulsdorfer „Galgen“ stellt eine erhebliche Gefährdung für  
19 Radfahrende dar. Trotz wiederholter Hinweise auf die unsicheren Bedingungen wurden  
20 bislang nur unzureichende Maßnahmen ergriffen. Insbesondere durch hohe  
21 Geschwindigkeiten des motorisierten Verkehrs und riskante Überholmanöver besteht  
22 ein erhebliches Unfallrisiko. Um Unfälle zu verhindern und die Attraktivität des  
23 Radverkehrs zu steigern, sind umfassende und sofortige Maßnahmen erforderlich. Eine  
24 Reduzierung der Geschwindigkeit in Kombination mit verkehrsrechtlichen und  
25 baulichen Maßnahmen kann dazu beitragen, die Sicherheit aller  
26 Verkehrsteilnehmenden erheblich zu verbessern. Das Bezirksamt ist gefordert, die  
27 notwendigen Schritte umgehend einzuleiten, um die Verkehrssicherheit an dieser  
28 kritischen Stelle nachhaltig zu erhöhen.

Antragssteller:innen: 10/06 Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord

**4/I/25 – Modernisierung der Ostbahn**

Votum der Antragskommission: ausstehend

- 1 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:
- 2 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:
- 3
- 4 Der Senat von Berlin und das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf werden aufgefordert, sich für den dringend notwendigen zweigleisigen Ausbau und die Elektrifizierung der Ostbahn einzusetzen. Zudem soll die Aufnahme der Ostbahn in den Bundesverkehrswegeplan und ihre Einbindung in das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V) vorangetrieben werden. Es ist sicherzustellen, dass ein dichterer Takt realisiert wird. Des Weiteren soll die Verbindung der Ostbahn (RB 26) mit dem RE 1 über die "Seelower Kurve" realisiert und ein Abzweig nach Müncheberg-Stadt geprüft werden. Ziel und Zweck ist es, die Schiene zu stärken und die Straßen des Bezirkes zu entlasten.
- 12

**13 Begründung:**

- 14 Die Ostbahn stellt eine essenzielle Verkehrsverbindung dar, die ausgebaut werden muss, um die steigenden Anforderungen an den Personen- und Güterverkehr zu bewältigen. Ein zweigleisiger Ausbau und die Elektrifizierung der Strecke erhöhen die Kapazität und Zuverlässigkeit, während die Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan und die Einbindung in das TEN-V die nationale und internationale Bedeutung der Strecke unterstreichen. Ein regelmäßiger Halt an allen Stationen, ein dichterer Takt und zusätzliche Spätverbindungen verbessern die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs. Die Verbindung der Ostbahn mit dem RE 1 über die "Seelower Kurve" und ein möglicher Abzweig nach Müncheberg-Stadt optimieren die Vernetzung und fördern die regionale Entwicklung.
- 24 Dabei sollen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger Marzahn-Hellersdorfs in Bezug auf die Kreuzungssituationen und die Lärmemissionen besonders berücksichtigt werden, um eine nachhaltige und sozialverträgliche Umsetzung des Ausbaus zu gewährleisten.
- 25
- 26
- 27

Antragssteller:innen: 10/06 Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord

**5/I/25 – Deutschland-Ticket bei 49 Euro belassen – oder Grenze für steuerfreie Sachzuwendung vom Arbeitgeber in § 8 EstG anpassen**

Votum der Antragskommission: ausstehend

- 28 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:
- 29 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:
- 30
- 31 Sachbezüge von Seiten der Arbeitgeber:innen sind seit 1. Januar 2022 bis zu einem Betrag von monatlich 50 € steuerfrei. Hiermit konnte der Arbeitgeber bisher für
- 32

1 Arbeitnehmer:innen auch das Deutschland-Ticket zur Verfügung stellen. Nach einer  
2 nun geplanten Erhöhung des Preises für das Deutschland-Ticket würde die  
3 Steuerfreigrenze von 50 € überschritten. Dem kann entgegen gewirkt werden, indem  
4 die Grenze angehoben wird bis zu dem Preis des Deutschland-Tickets, um dem  
5 Arbeitgeber:innen weiterhin zu ermöglichen, Arbeitnehmer:innen das Ticket zu zahlen.  
6

7 **Begründung:**

8  
9 Viele Arbeitgeber:innen nutzen die Freigrenze in Paragraph 8 EStG, um ihren  
10 Arbeitnehmer:innen das Deutschland-Ticket zu 49 € zu finanzieren. Mit der Erhöhung  
11 des Deutschland-Tickets ohne Anpassung des steuerfrei Betrages würde dies nicht  
12 mehr funktionieren.

## NACHHALTIGKEIT

Antragssteller:innen: 10/06 Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord

### **6/I/25 – Keine Abwrackprämie für fahrtüchtige und TÜV-taugliche Fahrzeuge**

Votum der Antragskommission: ausstehend

13 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:  
14 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:  
15 Die Mitglieder der SPD-Fraktion des Bundestages werden aufgefordert, zu  
16 unterstützen:  
17  
18 Eine Abwrackprämie für fahrtüchtige und TÜV-taugliche Fahrzeuge ist zu unterlassen,  
19 weil das Nutzen alter Fahrzeuge auch einen Nachhaltigkeitsaspekt beinhaltet. Es  
20 kommt hinzu, dass dadurch mehr als nötig in den Gebrauchtfahrzeugmarkt  
21 eingegriffen würde, was nicht Sinn sozialdemokratischer Politik sein darf.

Antragssteller:innen: 10/06 Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord

### **7/I/25 – Keine Nutzung von mit Helium gefüllten Luftballons**

Votum der Antragskommission: ausstehend

22 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:  
23 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:  
24  
25 Die Fraktionen der SPD in der BVV Marzahn-Hellersdorf und des Abgeordnetenhauses  
26 von Berlin werden aufgefordert, im Bezirk und im Land Regelungen zu schaffen, die die  
27 Nutzung von Luftballons mit Helium unterbinden und aufsteigende Luftballons  
28 vermeiden.  
29

1 **Begründung:**  
2  
3 Mit Gas gefüllte Ballons bei Veranstaltungen sind zwar Kindermagnet, können aber,  
4 wenn sie unkontrolliert aufsteigen, umwelt- und klimaschädlich sein. Nicht nur das  
5 Gas, dass die Ballons aufsteigen lässt, kann Gesundheit und Klima schädigen. Auch die  
6 weit in die Natur, in Wälder und Gewässer, fortgetragenen und letztendlich doch  
7 herumliegenden leeren oder geplatzten Ballons werden zu einem nicht kalkulierbaren  
8 Müll, der nicht verrottet und zudem für Tiere auch eine Gefahr darstellen kann.

## STEUERN UND FINANZEN

Antragssteller:innen: 10/06 Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord

### 8/I/25 – Zur Erhebung der Vermögenssteuer

Votum der Antragskommission: ausstehend

9 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:  
10 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:  
11 Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:  
12  
13 Die Fraktion der SPD im Bundestag wird aufgefordert, geeignete Anstrengungen zu  
14 unternehmen, um sicherzustellen, dass die Erhebung der Vermögenssteuer in einer mit  
15 dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 22.06.1995 vereinbarten Form so bald  
16 wie möglich wieder aufgenommen werden kann.

17  
18 **Begründung:**  
19  
20 Die Vermögenssteuer wurde in der Bundesrepublik Deutschland ab 1952 erhoben, ihre  
21 Höhe betrug 1996 (im letzten Jahr ihrer Erhebung) ca. 9 Milliarden DM. Wegen  
22 unterschiedlicher Bewertung von Immobilien- und Bar-/Aktien-Vermögen wurde die  
23 Erhebung ab 1997 *in der bis dahin gültigen Form* vom Bundesverfassungsgesetz  
24 untersagt und dem Gesetzgeber quasi empfohlen, den festgestellten Mangel zu  
25 beheben. Die damalige Bundesregierung hat jedoch entschieden, dieses Urteil des BVG  
26 zum Anlass zu nehmen, die Erhebung der Vermögenssteuer ersatzlos einzustellen,  
27 ohne das Vermögenssteuer-Gesetz aufzuheben. Seitdem gehen dem Staatshaushalt  
28 jährlich erhebliche Einnahmen verloren.

29  
30 Für die Wiederaufnahme der Erhebung der Vermögenssteuer sprechen u.a. folgende  
31 Argumente:

32  
33 1. Die Erhebung dieser Steuer führt nicht (wie oft behauptet wird) zu einer  
34 Schwächung der deutschen Volkswirtschaft, wie deren Entwicklung nach dem  
35 Krieg ('Wirtschaftswunder') eindrucksvoll bewiesen hat. Die Kosten dafür  
36 betragen nach Schätzungen etwa 3% der Steuereinnahmen.

- 1        2. Die Steuerlast sollte, wie der Name sagt, auf Vermögen erhoben werden, d.h.  
2        der Besitz des überwiegenden Teils der Bevölkerung (z.B. Eigenheime etc.) sollte  
3        durch angemessene Freibeträge geschützt sein (wie bis 1996 praktiziert).  
4        3. Die vom BVG kritisierte unterschiedliche Bewertung von Immobilien und Bar-  
5        /Aktien-Besitz könnte z.B. auf einem mittleren Bewertungsniveau angeglichen  
6        werden.

## **PARTEIORGANISATION**

Antragssteller:innen: SPD Frauen Marzahn-Hellersdorf

**9/I/25 – Für eine Frau auf Platz 1 der AGH-Liste**

Votum der Antragskommission: ausstehend

7        Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:

8  
9        Die SPD Marzahn-Hellersdorf wird zur Berlin Wahl 2026 mit einer Frau auf  
10      Bezirkslistenplatz 1 in die Wahlen zum Abgeordnetenhaus gehen.

11  
12      **Begründung:**

13  
14      Die SPD ist die feministische Volkspartei. Sie kämpft seit Jahren für ein bundesweites  
15      und für landesweite Paritätsgesetze, welche die Repräsentation von Frauen in den  
16      Parlamenten ihrem Anteil gemäß ihrer Repräsentation in der Gesellschaft sicherstellen  
17      sollen. Solange das Ziel eines landesweiten Paritätsgesetzes noch nicht erreicht ist,  
18      verpflichtet sich die SPD Marzahn-Hellersdorf zu einem starken eigenen strukturellen  
19      Instrument und geht in den zukünftigen Berlinwahlkampf mit einer Frau an der Spitze  
20      in die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus.

Antragssteller:innen: SPD Frauen Marzahn-Hellersdorf

**10/I/25 – Für eine Frau auf Platz 1 der BVV-Liste**

Votum der Antragskommission: ausstehend

21      Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:

22  
23      Die SPD Marzahn-Hellersdorf wird zur Berlin Wahl 2026 mit einer Frau auf Listenplatz 1  
24      in die Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung gehen. Diese ist gleichzeitig die  
25      Kandidatin für das Amt der Bezirksbürgermeisterin.

26  
27      **Begründung:**

1 Die SPD ist die feministische Volkspartei. Sie kämpft seit Jahren für ein bundesweites  
2 und für landesweite Paritätsgesetze, welche die Repräsentation von Frauen in den  
3 Parlamenten ihrem Anteil gemäß ihrer Repräsentation in der Gesellschaft sicherstellen  
4 sollen. Solange das Ziel eines landesweiten Paritätsgesetzes noch nicht erreicht ist,  
5 verpflichtet sich die SPD Marzahn-Hellersdorf zu einem starken eigenen strukturellen  
6 Instrument und geht in den zukünftigen Berlinwahlkampf mit einer Frau an der Spitze  
7 in die Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung.

Antragssteller:innen: SPD Frauen Marzahn-Hellersdorf

**11/I/25 – Mit mindestens einer Frauenspitze in die Berlin-Wahlen 2026**

Votum der Antragskommission: ausstehend

8 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen:  
9  
10 Die SPD Marzahn-Hellersdorf wird zur Berlin Wahl mit mindestens einer Frau als  
11 Spitzenkandidatin ins Rennen gehen: entweder mit einer Frau auf dem Bezirks-  
12 Listenplatz 1 für das Abgeordnetenhaus und/oder mit einer Frau auf Listenplatz 1 für  
13 die BVV-Liste. Letztere wäre gleichzeitig die Kandidatin für das Amt der  
14 Bezirksbürgermeisterin.  
15

16 **Begründung:**  
17

18 Die SPD ist die feministische Volkspartei. Sie kämpft seit Jahren für ein bundesweites  
19 und für landesweite Paritätsgesetze, welche die Repräsentation von Frauen in den  
20 Parlamenten ihrem Anteil gemäß ihrer Repräsentation in der Gesellschaft sicherstellen  
21 sollen. Solange das Ziel eines landesweiten Paritätsgesetzes noch nicht erreicht ist,  
22 verpflichtet sich die SPD Marzahn-Hellersdorf zu einem starken eigenen strukturellen  
23 Instrument und geht in den zukünftigen Berlinwahlkampf mit mindestens einer Frau  
24 an der Spitze.